

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kretschmer. Druck: A. Kretschmer. Verlagsanstalt: Auer Verlag. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Adress: Auer, Erzgebirge.

Abonnementspreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.50 M. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 M. Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 5 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 3 Zeilen pro Tag. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 5 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 3 Zeilen pro Tag. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 5 Zeilen pro Tag, ausserhalb des Tages für die ersten 3 Zeilen pro Tag.

No. 293.

Sonntag, den 18. Dezember 1920.

15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der sächsische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Aufhebung sächsischer Sonderfeiertage, und zwar des Sohneuhfestes, und des Frühjahrsbuhfestes, an.

Die drohende Regierungskrisis infolge der Vorgänge im Steueraussschuss des Reichstages ist beseitigt. Die Fraktion der deutschen Volkspartei hat beschlossen, die Regierungsvorlage über die Einführung des Reichsnotopfers mit bestimmten Änderungen anzunehmen.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates wurde einer Reihe von Gesetzentwürfen die Zustimmung erteilt, darunter der neuen Besoldungsordnung, dem Gesetze über die Kapitalflucht und dem Gesetze über die Verschärfung wegen Schleichhandel und Wucher.

Der Auswärtige Ausschuss ist auf heute, Sonntagvormittag, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über die auswärtige Lage.

Warum die deutsche Waffenstillstandskommission interniert wurde

Ein Kapitel von 1918.

In der neuesten Nummer der Weltbühne veröffentlicht die Gräfin Treuberg die folgenden Erinnerungen an den Dezember 1918. Sie geben wohl zum erstenmal ein Beispiel davon, wie in Deutschland nach der Revolution hohe Politik gemacht wurde.

Anfang Dezember 1918 befanden sich fremde Journalisten und die ersten Entente-Kommissionen zur Rückbeförderung der Gefangenen in Berlin. Ich hatte Gelegenheit, mit ihnen zu sprechen. Man teilte mir mit, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes für den 12. Dezember abgerannt seien, und daß die Entente Joh. Beauftragten würde, um neue Delegierte zu bitten. Sollte dieser Wunsch aber mit erneuter Abwendung Matthias Erzbergers beantwortet werden, dann... Die Vereinigten Staaten hätten Trier befehligt, und die Amerikaner, — mein Gewährsmann war kein Franzose — würden Erzberger internieren. Dies würde eine Kränkung für Deutschlands neue Republik sein, wie noch kein Land sie erduldet; sie gelte aber nicht der Republik, sondern dem alten Geiste, der unverändert weiter regiere und jede Besserung illusorisch mache. Erzberger sei ein Scharlatan. Ich besprach diese ehrlich gemeinte Warnung mit dem Fürsten Bülow und Herrn von Stöckmann. Beide, Bülow mit viel Humor, malten sich die Situation aus, wie es Erzbergern gelingen würde, nach Abschluß mit den Herren zu dinieren, und wie er sich bei jedem Schritt, den man ihm zuträfe, erheben würde. Sie waren meiner Ansicht, daß eine Warnung an die Volksbeauftragten notwendig sei.

Am Vormittag des neunten Dezember sagte mir Herr von Stöckmann, das Telegramm sei eingetroffen. Forderung nouveaux délégués und sei von der Waco sofort an das A. N. weitergegeben worden. Er hoffe, daß der vollständige französische Text veröffentlicht werden würde, nicht nur eine Uebersetzung à la sauce Budapest. Hier tue eine Not, denn Erzberger, der Lunte gerochen, reise am Nachmittag ab. Er habe das von Kühnmann gelernt: wenn man etwas anstrebe, immer die Maschine geheißt zu halten. Ich eilte in die Wilhelmstraße. Wegen der völkerrechtlichen Möglichkeiten fragte ich Walther Schindling, der im Kabinettsrat des Kaisers die Gefangenen-Angelegenheiten bearbeitete, um Rat. Er fand meine Angst begründet. Da die Volksbeauftragten gerade Sitzung hatten, telephonierte ich von einem Zimmer aus Haase in der Reichskanzlei an. Haase bat mich, sofort zu kommen. Ich ging über die leere öde Wilhelmstraße. Vor der Reichskanzlei gähnten Matrosen. Halt! Hier wird nicht passiert. Ich zeigte meinen Ausweis. Jungens, ich habe es eilig — ich will zu Haase. — Na, denn man zu. Der Portier hielt mich an. Die Herren Volksbeauftragten haben Sitzung. Ich weiß — lassen Sie mich nur durch. Der Volksbeauftragte Haase erwartet mich. Ihr Anliegen? Bitte aufzuschreiben: Dringende Angelegenheit — Gräfin Treuberg.

Endlich konnte ich passieren. Ich lief die Treppen hinauf. Der große Saal. Ein Diener in alter Uniform. Bitte: meine Karte dem Volksbeauftragten Haase. Der Diener lehnte zurück. Ihm folgte Haase. Er lehnte an einem Marmorisch unter dem Bild eines früheren Kanzlers und hörte mir zu. Doktor Mücke, der Gesandte Bayerns, bestätigte meine Worte. Ich gehe zurück in die Sitzung, sagte Haase. Ich werde den anderen Volksbeauftragten dies alles vortragen. Aber Gräfin, Sie kennen ja die Situation: Ich werde mein möglichstes tun.

Aus meinem Tagebuch: 11. Dezember 1918. Heute abend — jetzt war schon der zwölfte, also gestern abend — waren Bülows, Stöckmann, Breitscheid und Frau, Adjutant Chellong und Frau, Lehr niedlich, Hansen, der dänische Abgeordnete, dessen ganzes Wesen einen befreiten Eindruck macht, Hauptmann Boehne, Gerlach, Mr. Nyvels, Korrespondent des Daily Chronicle, bei uns. Gegen einhalb 12 Uhr erdnte das Telephon. Da bei dem Stimmengewirr nichts zu verstehen war, stellte ich's auf den Gang und bat Stöckmann zu hören, was los sei. Dann wurde ich gerufen. Es war die Waffenstillstandskommission. Der

Waffenstillstands-Kommissar telephonierte äußerst erregt aus Trier, daß er und die gesamte Kommission im Hotel interniert sei. (In seinem Buche schreibt Erzberger, er habe nicht nach Berlin telephonieren können, da die Nacht vorher alle Drähte zerschnitten worden seien. Ein kleiner Lapfus des Gedächtnisses. Leicht verständlich.) Was jetzt tun? Da ich Haase zuhause wachte, rief ich dort an. Oscar Cohn war am Telephon. Er erschrak furchtbar. Der Ernst der Situation war uns allen klar: der deutsche Waffenstillstandskommissar interniert! Dann kam Haase und bat mich, sofort die Reichskanzlei anzurufen und den Volksbeauftragten Ebert zu orientieren. Ich rief an. Wurde erst mit einem Abgeordneten Sautz verbunden, dann mit Ebert persönlich. Langsam sagte ich dem Volksbeauftragten, daß der Waffenstillstandskommissar, Staatssekretär Erzberger, in Trier von der amerikanischen Besatzungsbehörde interniert worden sei. Der Volksbeauftragte dankte mir sehr für die Benachrichtigung und fragte mich, ob es möglich sei, daß der Ministerialrat von Stöckmann zu ihm in die Reichskanzlei käme. Stöckmann erklärte mir schnell zu: Sagens ihm, daß ich ein Auto brauche. Ich sagte es ihm. Eine halbe Stunde später fuhr das Auto vor. Meine Gäste verabschiedeten sich.

Einige Tage später fragte mich Herr von Stöckmann sein Leid. Die Waffenstillstandskommission wurde von den Entente-Kommissionen in Berlin weiter als quantite negligible betrachtet.

Es hätte also Ende 1918 eigentlich die Gräfin Treuberg die Hauptrolle in der deutschen Politik gespielt. Das ist immerhin eine Bereicherung unserer Revolutionsgeschichte.

Deutschland schlägt Abänderung des Schuldenausgleichsverfahrens vor

Die Paradedeckung der Debitsalden weiterhin nicht möglich.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission folgende Note überreicht: Nach § 11 der Anlage zu Art. 296 des Friedensvertrages findet im Schuldenausgleichsverfahren mit den alliierten Staaten eine monatliche Abrechnung zwischen den Ausgleichsämtern statt, wobei die zu Lasten Deutschlands sich ergebenden Passivposten jedesmal binnen einer Woche durch Barzahlung zu begleichen sind. Auf Grund dieser Bestimmungen mußte Deutschland in den letzten Monaten bereits sehr erhebliche Zahlungen leisten. Auch für die Zukunft sind gegenüber England, Belgien, Dänemark und Belgien mit Sicherheit erhebliche Debitsalden zu erwarten. Da die Beschaffung der für die Abdeckung der Debitsalden erforderlichen Devisen immer größere Schwierigkeiten verursacht, und namentlich die Durchführung des Ernteprogramms der deutschen Regierung ernstlich in Frage gestellt, sah sich diese genötigt, Mitte Oktober an die britische und französische Regierung mit dem Antrag heranzutreten, daß die künftig entstehenden Debitsalden bis auf weiteres fortlaufend auf das nächste Monatskonto vorgetragen werden möchten. Beide Regierungen haben diesen Antrag abgelehnt. Die deutsche Regierung wiederholte da aufhin Mitte November den Antrag, wobei sie die hier in Betracht kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands eingehend darlegte und darauf hinwies, daß sie mit den bisherigen Zahlungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei, und daß sie deshalb nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, auch im Dezember das deutsche Devisengeschäft wieder mit so erheblichen Summen für das Ausgleichsverfahren zu belasten. Eine Abschrift der an die französische Regierung gerichteten Note, mit der die an die britische Regierung gerichtete Note inhaltlich übereinstimmt, wird beiliegend beigelegt. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß im Verhältnis zu Belgien ebenfalls erhebliche Debitsalden zu Lasten Deutschlands entstehen werden, wurde die gleiche Mitteilung der belgischen Regierung gemacht. Demensprhennd hat das deutsche Ausgleichsamt die beteiligten fremden Ausgleichsämter benachrichtigt, daß es bis auf weiteres von der Barzahlung der im Dezember fällig gewordenen Salden absehen müsse.

Das Vorgehen der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit stützt sich auf einen Gedanken, der allen Bestimmungen des Friedensvertrages über die deutschen Zahlungsverpflichtungen zugrunde liegt, den Gedanken nämlich, daß diese Zahlungen nicht die Verschärfung derjenigen Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen verhindern dürfen, die erforderlich sind, um Deutschland die Erfüllung der Reparationspflicht zu ermöglichen. Dieser Gedanke wird sowohl in den Artikeln 235 und 251 des Friedensvertrages als auch im Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 klar ausgedrückt. Er gibt der deutschen Regierung das Recht, zu fordern, daß die Ausgleichsämter, solange nicht eine wesentliche Veränderung in den gegenwärtigen Verhältnissen eingetreten ist, ihr bisheriges Verfahren bei Abklärung der Debitsalden zu ändern und die monatlichen Barzahlungen durch Vorkaufungen der Debitsalden zu vermeiden.

Der hiernach bestehende enge Zusammenhang mit der Frage der Reparationspflicht macht es nach Auffassung der deutschen Regierung erforderlich, daß sich neben dem unmittelbaren beteiligten alliierten Regierungen auch die Reparationskommission mit der Angelegenheit befaßt und

diese an der Hand des in der Anlage befindlichen Materials prüft. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission deshalb, alsbald in diese Prüfung einzutreten und auf die beteiligten Regierungen dahin einzuwirken, daß sie den deutschen Standpunkt anerkennen.

Kleine politische Meldungen.

Keine Neuwahl eines Reichspräsidenten. Es war beinahe allgemein geplant, daß der Reichstag sich über den Termin schlichtig werden soll, an dem die Wahl eines neuen Reichspräsidenten vorzunehmen sei. Zu einer solchen Wahl dürfte es aber wohl nunmehr aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr kommen. Wie die Neue Welt. Ztg. hört, ist vor einiger Zeit im Reichskabinet diese Frage erörtert worden, und unter den Regierungsparteien konnte die lebhafteste Meinung festgestellt werden, Ebert in seiner Würde zu belassen. Für den Fall einer Neuwahl würden sich nämlich dadurch nahezu unüberwindliche Konflikte ergeben, daß die Regierungsparteien sich gezwungen sähen, einen Kompromißkandidaten aufzustellen. Eine hierfür geeignete Persönlichkeit ist aber nicht zu finden.

Annahme des Wuchergesetzes. Der Reichstag nahm gestern den Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Wucher, Preistreibeerei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände an. Danach kann in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu 15 Jahren und auf Geldstrafe von mindestens 20000 Mark erkannt werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten. Der Ausschuss fordert die Regierung auf, für eine ausreichende Bekämpfung dieses Gesetzes insbesondere durch öffentliche Anschläge zu sorgen.

Reichsperrengesetz und Reichsrat. In der gestrigen Sitzung hat der Reichstag das Sperrgesetz bestimmsungswidrig mit weniger als Zweidrittelmehrheit angenommen. Infolgedessen wird der Reichsrat sich heute Sonntagabend nicht entschließen können, es anzunehmen, und wird kommenden Dienstag darüber weiter verhandeln. Es ist anzunehmen, daß in der Zwischenzeit die neue preussische Besoldungsreform verabschiedet wird, so daß auf diese Weise das Reichsgesetz nicht mehr darauf angewandt wäre.

Verschärfte Maßnahmen zur Entwaffnung. Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenablieferung festgesetzten Frist hat der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters auf Grund des Entwaffnungsgesetzes Zwangsmaßnahmen für das ganze Reich angeordnet. Mit der Vornahme dieser Zwangsdurchsuchungen ist gestern in Berlin begonnen worden.

Ungeklärte Lage in der Eisenbahnerbewegung. Die Lage in der Eisenbahnerbewegung ist nach wie vor ungeklärt. Soweit die Beamtenchaft in Frage kommt, scheint die Stimmung für den Streik doch keine einheitliche zu sein. Besonderer Wert wird auf die Tatsache gelegt, daß sich die Beamtenchaft in ihren Entschlüssen keinesfalls von dem Diktat des Eisenbahnerverbandes leiten lassen will. Allgemein ist man auf das Ergebnis der demnächst stattfindenden Urabstimmung gespannt. Sollte die Entschloßung für den Streik ausfallen, so rechnet man damit, daß die Beamtenchaft Anfang Januar in den Ausstand treten wird.

Eine Verteidigungsschrift Kaiser Wilhelms. Den Leipziger Neuesten Nachrichten wird in einem Privattelegramm aus Rotterdam gemeldet, daß der ehemalige deutsche Kaiser sich mit der Abfassung einer ausführlichen Verteidigungsschrift beschäftigt. Er hält an der Wichtigkeit, diese zu veröffentlichen. Sein Helfer bei der ungewohnten Arbeit soll ein bekannter Berliner Professor sein.

Aufnahme weiterer Staaten in den Völkerbund. Die Völkerbundsversammlung beschloß die Aufnahme Bulgariens, Costa-Ricas, Finnlands und Luxemburgs. Es folgten das Aufnahmegeruch Armeniens, Estlands, Lettlands, Litauens, die zwar nach dem Vorschlage der Kommission zum Bunde noch nicht zugelassen werden sollen, denen aber eine Vertretung in den technischen Organisationen des Bundes gewährt werden soll.

Die rote Schreckensherrschaft auf der Arim. Nach in Konstantinopel eingetroffenen Nachrichten haben die Bolschewisten während der ersten beiden Wochen ihrer Besetzung der Arim ungefähr 13000 Militär- und Zivilpersonen erschossen. Die meisten Hinrichtungen haben in Sebastopol stattgefunden, wo die Bolschewisten mehr als 500 Hafenarbeiter haben erschlagen lassen, weil sie bei Einfuhr der Wrangel-Truppen Hilfe leisteten. Etwa 8000 Personen wurden nach Moskau transportiert, um dort abgeteilt zu werden.

Von Stadt und Land.

Auer, 18. Dezember 1920.

Fortdauer des Bergarbeiterstreiks. Zwischen dem Bergbauischen Verein für Zwickau und Lugau-Dolau und den streikenden Bergarbeitern haben Donnerstagnachmittag abermals Verhandlungen stattgefunden, die jedoch nicht zum Abschluß gelangten, da das Angebot der Arbeitgeber von den Arbeitnehmern als unbefriedigend bezeichnet wurde. Von Arbeitnehmenseite ist darauf der Antrag auf Annahme eines Schiedsgerichts gestellt worden, das am heutigen Sonntagabend früh 9 Uhr im Reichsarbeitsministerium in Berlin zusammentreten wird.